

Bodenschutz und Erosion in Brandenburg

**Informationsveranstaltung für die
Bodenschutzbehörden und
Landwirtschaftsämter am 6. November 2024**

Gliederung

- Einführung
- Situation Brandenburg
- Rechtslage
- Laufende Aktivitäten

Einführung

- Erosion kein neues Thema in Brandenburg (ZALF)
- Fachpapiere + Empfehlungen im Vorsorgebereich
- Klimawandel mit Zunahme von extremen Wetter-situationen und Starkniederschlagsereignissen
- Erosion = Vorsorge und Gefahrenabwehr
- novellierte Rechtslage
- MLUK, LELF, LfU, LBGR, ZALF, UBB am Thema



Situation in Brandenburg

Landkreis	Ort	Datum
Potsdam-Mittelmark	Brielow / Radewege	2007
Uckermark	Pinnow / Gerswalde	2010
Barnim	Oderberg	2014
Ostprignitz-Ruppin	Blumenthal	2015
Uckermark	Fergitz	2019
Potsdam-Mittelmark	Görzke	2020
Potsdam-Mittelmark	Prützke	2020
Uckermark	Greiffenberg / Bruchhagen	2021
Potsdam-Mittelmark	Ragösen / Belzig	2022
Uckermark	Wollin / Ziegeleisee	2024
Uckermark	Geesow	2024

Rechtslage – BBodSchV

§ 9 Gefahrenabwehr bei Bodenerosion durch Wasser oder Wind

- (1) Von dem **Vorliegen einer schädlichen Bodenveränderung** auf Grund von Bodenerosion durch Wasser oder Wind ist insbesondere auszugehen, wenn **erhebliche Mengen** Bodenmaterial von einer Erosionsfläche durch Oberflächenabfluss oder Abwehung **abgetragen** wurden **und weitere** erhebliche Bodenabträge **zu erwarten** sind. **Weitere Bodenabträge** nach einem Erosionsereignis sind im Sinne des Satzes 1 **zu erwarten, wenn**
1. in den zurückliegenden **zehn Jahren** bereits mindestens in einem weiteren Fall erhebliche Mengen Bodenmaterial von derselben Erosionsfläche abgetragen wurden oder
 2. sich aus den **Standortdaten** und den Daten über die langjährigen **Niederschlags- oder Wind- und Witterungsverhältnisse** des Gebietes ergibt, dass in einem Zeitraum von zehn Jahren mit **hinreichender Wahrscheinlichkeit** erneut mit Bodenabträgen gemäß Satz 1 zu rechnen ist.
- (2) **Anhaltspunkte** für das Vorliegen einer schädlichen Bodenveränderung auf Grund von Bodenerosion durch Wasser oder Wind ergeben sich insbesondere, **wenn** sich auf einer **Fläche Erosionsformen oder -schäden in erheblichem Ausmaß** zeigen **oder außerhalb** einer möglichen Erosionsfläche gelegene Bereiche durch **erhebliche Mengen** abgetragenen Bodenmaterials befrachtet wurden.
- (3) **Bestehen Anhaltspunkte** nach Absatz 2, hat die zuständige Behörde festzustellen, **auf welche Erosionsfläche** der Bodenabtrag **zurückzuführen** ist und abzuschätzen, in welchem **Umfang Bodenmaterial** abgetragen wurde und **mit welcher Wahrscheinlichkeit weitere Bodenabträge** zu erwarten sind. Besteht auf Grund dieser Ermittlungen der hinreichende Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung, kann die zuständige Behörde Anordnungen nach § 9 Absatz 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes treffen.

Rechtslage - §9 BBodSchV

(4) Zur **Bewertung der Erosionsgefährdung** ist in der Regel die **DIN 19708** (Wasser) oder die **DIN 19706** (Wind) heranzuziehen.

(5) Wird die Erosionsfläche **landwirtschaftlich genutzt**, soll die **nach Landesrecht zuständige landwirtschaftliche Beratungsstelle (AbfBodZV Nr. 24.3 → LELF)** bei ihrer Beratungstätigkeit **einzelfallbezogene erosionsmindernde Maßnahmen** für die Bewirtschaftung der Erosionsfläche empfehlen.

Maßnahmen zur Gefahrenabwehr **im Einzelfall** werden von der **zuständigen Behörde (→ UBB)** nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des Bundes-Bodenschutzgesetzes **im Einvernehmen mit der zuständigen Landwirtschaftsbehörde (AbfBodZV Nr. 24.3 → Landkreis / kreisfreie Stadt)** getroffen.

Maßnahmen nach Satz 2 können auch solche sein, die sich aus den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis nach § 17 Absatz 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes ergeben.

BR-Drs. 449/21 zu § 9 (5) BBodSchV

Maßnahmen nach § 17 Abs. 2 BBodSchG

Maßnahmen können beispielsweise sein:

- Verzicht auf Stoppelsturz in erosionsgefährdeten Zeiträumen und bei erosionsgefährdenden Bodenbedingungen,
- Anwendung umbruchloser **Bodenbearbeitungs-**und **Bestellverfahren**,
- Vermeidung von Bodenbearbeitungsgängen, die die **Bodenstruktur** zerstören,
- Vermeidung bzw. Beseitigung infiltrationshemmender **Bodenverdichtungen**,
- Reduzierung der Befahr- und Bearbeitungshäufigkeit,
- Vermeidung eines sehr feinkörnigen Saatbettes (u.a. Verzicht auf Anwalzen), Vermeidung B-Verschlämmungen,
- Förderung der bodenbiologischen Aktivitäten,
- Vermeidung von Fahrspuren durch Bodenbearbeitung,
- Bodenbearbeitungsrichtung quer zur längsten Hanglänge bzw. zur Hauptwindrichtung,
- Begrünung besonders gefährdeter Bereichen (z. B. in Tiefenlinien),
- **Zwischenfruchtanbau, Mulch- bzw. Direktsaat** als Bestellverfahren für alle Fruchtarten,
- Anlegen der Kartoffeldämme quer zur Hauptwindrichtung,
- Verzicht auf hangabwärts verlaufende Fahrspuren,
- Maisanbau nur, wenn Schlitz-/Mulchsaat in die Winterzwischenfrucht / in stehende Stoppeln erfolgt (Direktsaat),
- Dammverfahren bei Mais,
- **Schlagteilung** zur Verkürzung der erosionswirksamen Hanglänge (Feldraine, Hecken).

Rechtslage BbgAbfBodG

- § 29 Abs. 2 BbgAbfBodG

Das Fachinformationssystem Altlasten/Bodenschutz (ALBOKAT) umfasst die erhobenen Daten aus Untersuchungen über die physikalische, chemische und biologische Beschaffenheit des Bodens, insbesondere die Daten der Bodendauerbeobachtungsflächen, Daten zu altlastverdächtigen Flächen, Altlasten und sanierten Altlasten, Daten zu stofflichen und nichtstofflichen Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen, Daten zu Entsiegelungspotenzialflächen und Daten zu Standorten im Sinne des § 8 Absatz 7 der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung.

- § 29 Abs. 5 BbgAbfBodG

Die zuständigen Behörden erheben und erfassen Informationen über altlastverdächtige Flächen und Altlasten, Verdachtsflächen sowie stoffliche und nichtstoffliche schädliche Bodenveränderungen, soweit sie für die in Absatz 1 genannten Zwecke erforderlich sind, in einem Kataster. (→ Erosionskataster)

Anzeige- und Meldepflicht / BbgAbfBodG

§ 29 Boden- und Altlasteninformationen

(6) Die Behörden und Einrichtungen des Landes und die Gemeinden und Gemeindeverbände sind **verpflichtet**, bei ihnen vorliegende Informationen, die zum Aufbau und zur Unterhaltung des **Bodeninformationssystems** erforderlich sind, an die zuständigen Stellen **zu übermitteln...**

§ 31 Anzeige-, Mitwirkungs- und Duldungspflichten, Betretungsrecht

(1) Die in § 4 Absatz 3 des Bundes-Bodenschutzgesetzes genannten Personen (Bewirtschafter = "Inhaber der tatsächlichen Gewalt" (Mieter, Pächter), Eigentümer) sind **verpflichtet, konkrete Anhaltspunkte** für das Vorliegen einer stofflichen oder **nicht-stofflichen schädlichen Bodenveränderung** oder Altlast unverzüglich der zuständigen Behörde **anzuzeigen...**

Laufende Aktivitäten

- Vorsorge -

- MLUK-Projekt "Nachhaltiger Bodenschutz zur Minimierung von Bodenerosion"
 - Vorsorge
 - ZALF
 - Ist-Stand -> Arbeitshilfen für Brandenburg

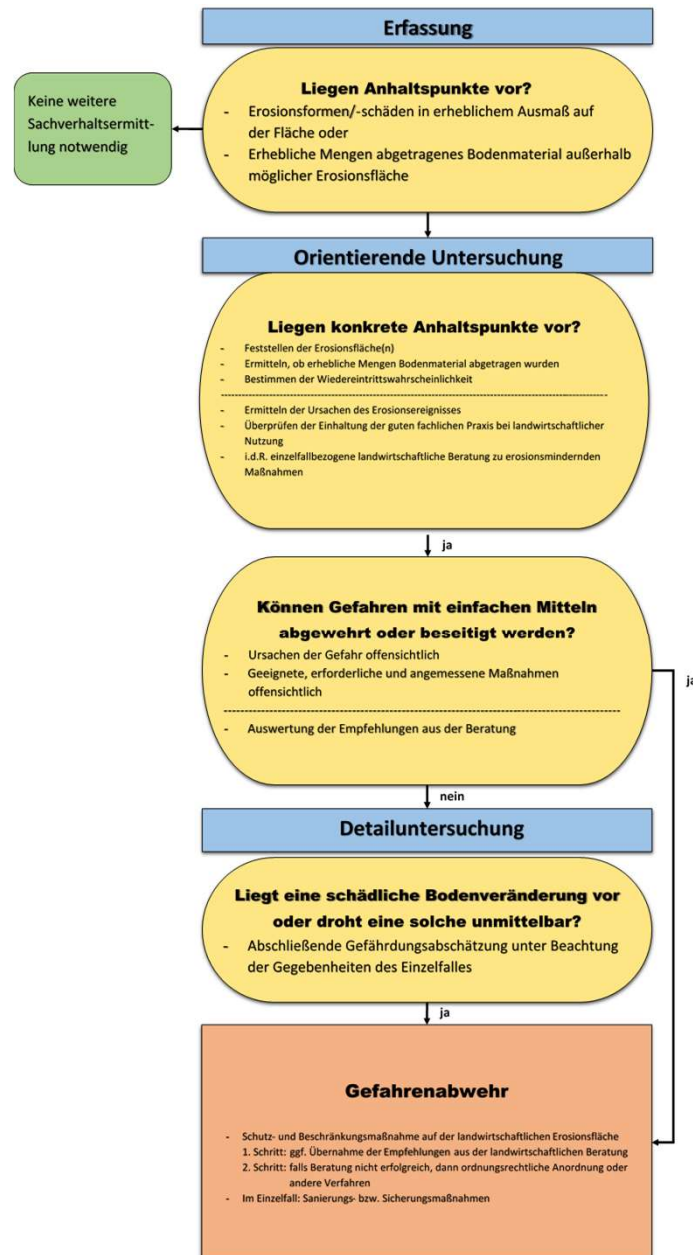
- LBGR / Bodengeologie
 - Daten und Karten zur potenziellen Bodenerosionsgefährdung
 - Gefährdungstufen (Konditionalität / DIN 19708, 19706)
 - Darstellungen für Wasser und Wind

Laufende Aktivitäten

- Gefahrenabwehr -

- diverse Papiere in den Bundesländern (länderspezifisch)
- Vorschlag für einen Verfahrensablauf „Gefahrenabwehr bei Bodenerosion“ in Brandenburg
- Testlauf mit einem Beispiel erforderlich
- Erläuterungsteil mit allgemeinen Ausführungen und brandenburg-spezifischen Aspekten (z.B. Behördenstrukturen, Zuständigkeiten, Datenlage, Begrifflichkeiten, Anzeige-/Meldepflicht)
- MLUK, LELF, LfU, LBGR, ZALF, UBB





Weitere Informationen

Gesprächskreis „Gefahrenabwehr bei Bodenerosion“ beim BOVA

1. Austauschgespräch am 09.09.2024

- Liegen in den Ländern bereits Merkblätter, Leitfäden oder Handlungshilfen zur „Gefahrenabwehr bei Bodenerosion“ vor?
- Werden entsprechende Materialien zurzeit erstellt oder sind sie in Planung?
- Wird die Notwendigkeit einer bundesweit einheitlichen Arbeitshilfe gesehen?

Weiteres Vorgehen:

- Zusendung von Leitfäden, Arbeitshilfen und Merkblättern an Niedersachsen
- tabellarische Zusammenführung und Prüfung, wo die Materialien abdecken oder Defizite bestehen
- nächstes Gespräch Anfang Dezember geplant
- Behandlung auf BOVA-Sitzung Ende Januar 2025

Danke für die Aufmerksamkeit!